

Wahlprüfstein Sachverständigenrat für Verbraucherfragen

Ihre Frage	Unsere Antwort
Fragen des Sachverständigenrats für Verbraucherfragen zur Bundestagswahl 2021	
Der SVRV empfiehlt eine bessere und breiter aufgestellte Verbraucherforschung, am besten durch Einrichtung zweier außeruniversitärer Forschungszentren, die bundesseitig vom für Verbraucherfragen zuständigen Bundesressort finanziert werden. Unterstützen Sie diesen Vorschlag?	Ja.
Fragen des Sachverständigenrats für Verbraucherfragen zur Bundestagswahl 2021	
Der SVRV empfiehlt, den "Wohngeld- und Mietenbericht" der Bundesregierung zu einem umfassenderen "Wohnbericht" auszubauen. Insbesondere sollten die Belange von Eigentümerinnen und Eigentümern sowie von Wohnungslosen berücksichtigt werden. Unterstützt Ihre Partei diesen Vorschlag?	Nach dem Wohngeldgesetz berichtet die Bundesregierung dem Bundestag und Bundesrat alle vier Jahre bis zum 30. Juni über die Entwicklung der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft und alle zwei Jahre über die Durchführung des Wohngeldgesetzes und die Entwicklung der Mieten für Wohnraum sowie über die Höchstbeträge für Miete und Belastung, die Mietenstufen und die Höhe des Wohngelds. Der Bericht dient vor allem auch dazu, die Kosten für die Unterbringung entsprechend anpassen zu können. Die Belange von Eigentümer:innen und Wohnungslosen findet sich an anderen Stellen wieder. Im Bereich der Wohnungslosigkeit hat der Deutsche Bundestag auf langjährige Forderung der SPD Bundestagsfraktion hin ein Gesetz verabschiedet, mit dem eine bundesweit einheitliche statistische Erfassung von Wohnungslosigkeit eingeführt wird. Die Statistik

	wird ab 2022 die Zahl der untergebrachten wohnungslosen Menschen erfassen. Auf Basis dieser verlässlichen Daten können passgenaue Programme für die Betroffenen entwickelt werden.
Fragen des Sachverständigenrats für Verbraucherfragen zur Bundestagswahl 2021	
Durch die Folgen des Klimawandels hat sich die Gefahr für Gebäudeschäden erhöht, jedoch ist nur etwa die Hälfte aller Wohngebäude in Deutschland gegen Naturgefahren versichert. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Sicherstellung einer flächendeckenden Elementarschadenversicherung?	Durch den fortschreitenden Klimawandel werden Starkwetterereignisse auch in Deutschland zunehmen. Wie aktuell in NRW und Rheinland-Pfalz sichtbar, können diese Ereignisse verheerende Folgen für ganze Landstriche und die dort lebenden Menschen haben. Um zumindest die finanziellen Folgen in einem solchen Fall abdämpfen zu können, ist es aus unserer Sicht begrüßenswert, das Thema Elementarschadensversicherung in den Fokus zu rücken und für eine Absicherung von Gebäudeschäden zu werben. Der Abschluss einer Elementarschadensversicherung ist in Deutschland nicht verpflichtend. Gegen eine solche Pflicht sprechen derzeit versicherungswirtschaftliche und auch verfassungsrechtliche Argumente. Wir werden aber vor dem Hintergrund des fortschreitenden Klimawandels und den immer häufiger auftretenden Starkwetterereignissen prüfen müssen, ob und wie eine bessere Absicherung von Elementarschäden geleistet werden kann.
Fragen des Sachverständigenrats für Verbraucherfragen zur Bundestagswahl 2021	
Der SVRV empfiehlt insbesondere im Bereich Ernährung die Entwicklung eines gesetzlichen Rahmens für Gütesiegel, in dem	Wir begrüßen diesen Vorschlag. Immer mehr Verbraucher*innen wollen z.B. gesunde und nachhaltig erzeugte Lebensmittel konsumieren, klima- und umweltschonend und unter fairen

<p>zwingende Mindeststandards nach wissenschaftlich fundierten Kriterien sowie Mindestanforderungen für die Überwachung festgelegt werden. Wie stehen Sie zu diesem Vorschlag?</p>	<p>Arbeitsbedingungen erzeugt. Unternehmen reagieren darauf mit selbst entwickelten freiwilligen Labeln, so z.B. zur Regionalität, zum Tierschutz oder zur Nachhaltigkeit. Für Verbraucher*innen ist die Vielzahl solcher Label mit unterschiedlichen kaum nachvollziehbaren Standards eher verwirrend als eine Hilfestellung. Eine Konzentration auf wenige, aussagekräftige Label und ein gesetzlicher Rahmen für eine auf wissenschaftlich erarbeiteten überprüfbaren Kriterien beruhende Kennzeichnung wäre wichtig, um den Label-Dschungel für Verbraucher*innen zu lichten und eine verlässliche Hilfestellung für Konsumentenscheidungen zu geben. Die SPD wird die Möglichkeiten hierfür prüfen, z.B. die Entwicklung eines Nachhaltigkeitssiegels als staatliches Dachlabel für hohe und seriöse, möglichst verbindliche Standards.</p>
<p>Fragen des Sachverständigenrats für Verbraucherfragen zur Bundestagswahl 2021</p>	
<p>Welche Maßnahmen zur Schließung der Versorgungslücken im öffentlichen Verkehr unterstützt Ihre Partei? Wie stehen Sie insbes. zur Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken, zur Prüfung alternativer Finanzierungsmodelle und zur Einführung leicht zugänglicher bedarfsorientierter Angebote?</p>	<p>Wir setzen uns ein für Mobilität für alle Altersgruppen, höhere Qualität und engere Taktungen, ein größeres Angebot mit mehr Flexibilität durch bedarfsgesteuerte Angebote, fairen und gerechten Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten sowie einer Kostenersparnis gegenüber dem eigenen PKW. Unser Ziel ist eine Mobilitätsgarantie für jede Bürgerin und jeden Bürger mit einem wohnortnahen Anschluss an den Öffentlichen Verkehr. Wir schaffen die notwendigen guten Rahmenbedingungen für die Infrastruktur des ÖPNV, aber auch für die Finanzierung des laufenden Betriebs. Gemeinsam mit den Ländern und den Kommunen werden wir nach Möglichkeiten suchen, den ÖPNV zukunftsfest zu gestalten und nachhaltig zu finanzieren. Wir werden neue Finanzierungsmöglichkeiten für den ÖPNV</p>

	<p>erschließen. Denkbar ist dabei zum Beispiel die Abkehr von geschlossenen Finanzierungskreisläufen der einzelnen Verkehrsträger oder die Schaffung einer zweiten Finanzierungssäule der Regionalisierungsmittel. Die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken wollen wir weiter vorantreiben und begrüßen dafür die überfällige Reform der standardisierten Bewertung, die das Planen und Bauen wichtiger Maßnahmen im Nahverkehrsbereich effektiver macht.</p>
<p>Fragen des Sachverständigenrats für Verbraucherfragen zur Bundestagswahl 2021</p>	
<p>Viele Verbraucher:innen wünschen sich einen kohärenten Ordnungsrahmen, der sie unterstützt, nachhaltige Konsumententscheidungen zu treffen. Wie möchten Sie diesen Rahmen aus-gestalten? Welche Barrieren für nachhaltigen Konsum haben Sie identifiziert und wie wollen Sie diese adressieren?</p>	<p>Es muss möglichst einfach werden, die bessere, die nachhaltigere Konsumententscheidung zu treffen, ohne aufwendige Recherche. Die Barrieren sind zum einen mangelnde Transparenz bzw. ungeeignete oder schwer zugängliche Informationen aber auch die Verfügbarkeit von nachhaltigen Angeboten. Barrieren auf Seiten der Verbraucher*innen sollte schon in der Schule begegnet werden, indem beispielsweise für die Zusammenhänge zwischen dem eigenen Ess- und Konsumverhalten und den Auswirkungen auf Gesundheit, Soziales und Umwelt sensibilisiert wird. Daneben müssen aber auch und vor allem strukturelle Barrieren abgebaut werden. Der gesetzlich vorgegebene Ordnungsrahmen muss eine klare, verständliche und verlässliche Kennzeichnung sicherstellen. Aber er muss auch das Angebot an nachhaltigen Produkten aktiv befördern. Freiwillige Maßnahmen wie Nudging z.B. durch eine bessere Platzierung des nachhaltigeren Produkts können zwar einen Beitrag zur Erleichterung der Kaufentscheidung leisten, führen aber nicht zu einem Anreiz, bessere und nachhaltigere Produkte zu entwickeln und herzustellen. Hierfür braucht es</p>

	<p>längere Gewährleistungsrechte für Verbraucherinnen und Verbraucher bei langlebigen Produkten, ein Recht auf Reparierbarkeit (baulich möglich, Anleitungen frei und Ersatzteile erschwinglich verfügbar) und weitere Vorgaben zum Öko-Design.</p>
<p>Fragen des Sachverständigenrats für Verbraucherfragen zur Bundestagswahl 2021</p>	
<p>Welche Maßnahmen planen Sie, um die digitalen Verbraucherkompetenzen in der Bevölkerung zu stärken, insbesondere bei Älteren, formal weniger Gebildeten und Einkommens-schwächeren?</p>	<p>Wir wollen Verbraucher*innen in allen Lebensphasen befähigen, mit Herausforderungen in ihrem Verbraucheralltag souverän umzugehen. Studien zeigen beispielsweise, dass mehr als die Hälfte der Verbraucher*innen manipulative Design-Techniken im Netz („Dark Patterns“) nicht erkennt. Auch werden weniger gebildete oder ältere Teilnehmer*innen häufiger von diesen manipulativen Techniken beeinflusst. Diese Manipulationen können mit der Freigabe großer Mengen persönlicher Daten, finanziellen Verlusten, aber auch Suchtverhalten einhergehen. Verbraucherbildung muss daher Anleitung zum kritischen Konsum, Medienkompetenz, Umgang mit persönlichen Daten und die Auseinandersetzung mit Werbestrategien beinhalten. Bildungsangebote an Verbraucher*innen müssen entsprechend angepasst und gefördert werden. Sowohl Erwachsene jeden Alters als auch Kinder und Jugendliche müssen hierbei adressiert werden. Die SPD setzt sich schon länger für eine zielgruppenorientierte Verbraucherpolitik ein, bei der besondere Verbrauchergruppen wie Senior*innen, Kinder oder Menschen mit Sprachbarrieren gezielt angesprochen werden. Wir wollen die Verbraucherbildung in die Lehrpläne aufnehmen und auch verstärkt in der Erwachsenenbildung fördern.</p>

<p>Fragen des Sachverständigenrats für Verbraucherfragen zur Bundestagswahl 2021</p>	
<p>Wie stehen Sie zu alternativen Vermittlungsmodellen für Verbraucherinformationen, die unterschiedliche Kapazitäten der Informationsaufnahme berücksichtigen, sowie insbes. zur Idee, Informationen von Plattformanbietern durch verbrauchergerechteres Design verständlicher zu machen?</p>	<p>Bei Verbraucherinformationen gilt für die SPD: Qualität statt Quantität. Informationspflichten sind aus verbraucherpolitischer Perspektive nur dann nützlich und sinnvoll, wenn sie einen Mehrwert für Verbraucherinnen und Verbraucher bieten. Dies ist nur der Fall, wenn die richtige Information zum richtigen Zeitpunkt in einer für Verbraucherinnen und Verbraucher verständlichen Weise und dem genutzten Medium entsprechend angemessen gestaltet zur Verfügung steht. Dieser Nutzen von bestehenden aber auch neu einzuführenden Verbraucherinformationen wird derzeit aber nicht immer ausreichend evaluiert.</p> <p>Die SPD steht neuen Vermittlungsmodellen für Verbraucherinformationen offen gegenüber, wenn sie die genannten Kriterien erfüllen. Kennzeichnungen in Form von Ampeln oder Bildsymbolen sollten besser erforscht und wo sinnvoll vermehrt eingesetzt werden. Wir sind zudem der Auffassung, dass verbrauchergerechtes Design auf Plattformen sehr sinnvoll ist und stärker regulativ vorgegeben werden sollte. Dies gilt gleichermaßen für Verbraucherinformationen wie für das Design rechtsverbindlicher Erklärungen.</p>